

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Juni 2015

06/2015

Bunt, laut, kreativ und erfolgreich Neonazis sind nicht weit gekommen

So ging es am 6. Juni in Neuruppin zu. Während die »ewig Gestrigen« Neonazis sich für einen Marsch durch Neuruppin rüsteten, marschierten hunderte Neuruppiner und Demokraten aus anderen Städten in 2 Demonstrationen durch Neuruppin. Auf dem Schulplatz hatte pünktlich 10.00 Uhr das Volksfest unter dem Motto »Schöner leben ohne Nazis« begonnen. Bis zum späten Nachmittag fand ein buntes Bühnenprogramm statt, aber auch Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker sowie Vertreter von Wirtschaft und Vereinen brachten in Redebeiträgen oder Videobotschaften ihre Abneigung gegen den braunen Spuk zum Ausdruck.

Viele Parteien und Organisationen, so auch wir LINKE, hatten Informationsstände auf dem Schulplatz, die ebenfalls rege besucht wurden.

Großes Volksfest

Viele Besucher des Volksfestes, vor allem die Gegendemonstranten, brachten ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck. Das zeigte sich u. a. bei dem Fußballturnier für Toleranz, an dem auch Mannschaften mit Flüchtlingen teilnahmen. Höhepunkte auf der Bühne waren u. a. die Auftritte von »Storch Heinar«, einer satirischen Kunstfigur, die das bei Neona-



Demonstrationszug vom Rheinsberger Tor zum Schulplatz

Foto: Achim Müller

zis so beliebte Label »Thor Steinar« »auf die Schippe nimmt« oder der Auftritt der Bands »Rainbirds« oder »Zickenalarm«. Aber auch für die Jüngsten wurden die vielfältigsten Spiel- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten.

Besonders hervorgehoben werden muss, dass von allen im Potsdamer Landtag vertretenen großen Parteien (außer der AfD) hochrangige Vertreter nach Neuruppin gekommen waren und ihre Abneigung gegen den braunen Spuk zum Ausdruck brachten. Von den LINKEN waren dies der brandenburgische Justizminister Hel-

Scharfenberg und zahlreiche weitere Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Landesverband.

1.400 Linke und Bürgerliche blockierten Neonazi-Aufmarsch

So titelte am 8. Juni der Ruppiner Anzeiger. Durch mehrere Sitzblockaden wurde es der Polizei unmöglich gemacht, den Neonazis freies Geleit zu gewähren. Während es an einigen Orten relativ friedlich zugeht, spitzte sich die Lage an anderen Stellen teilweise etwas zu. Bedrohlich wurde es, als der Zug der Neonazis aus der Präsidentenstraße auf die B 167 (Puschkinstraße) einschwenkte und sich die dort stationierten 2 Wasserwerfer Richtung Einmündung Franz-Künstler-Straße in Bewegung setzten. Als der Nazizug ins Stocken geriet, wurde den Polizisten der Befehl erteilt, sich ebenfalls in diese Richtung zu bewegen. An der o. g. Einmündung saßen etwa 300, vor allem junge Menschen auf der Straße. Als die Wasserwerfer vorgefahren waren, sich eine Polizeikette vor der Grünfläche neben dem Sportplatz und dem weiteren Verlauf der B 167 gebildet hatte und neue



Superstimmung beim Volksfest auf dem Schulplatz

Foto: Jürgen Schubert Hans-Jürgen

Fortsetzung auf Seite 3

Lügen wie gedruckt

Sie lügen wie gedruckt: siehe »Bis heute eine Belastung« - Ruppiner Anzeiger vom 27.04.2015.

Am Sonnabend, den 25.04.2015, haben der Präsident des Brandenburger Bauernbundes, Karsten Jennerjahn, der Geschäftsführer des Bauernbundes, Reinhard Jung, die Brandenburger Diktaturbeauftragte Ulrike Poppe und ihr Sprecher Rainer Potratz, eine erneute Hetzkampagne gegen die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der DDR gestartet. Ausgerechnet an dem Ort in Kyritz, an dem Wilhelm Pieck am 02.09.1945 den Beginn der Bodenreform verkündete. Dieser großartige Schritt, der jahrhundertealtes Unrecht endlich beseitigte, gab Kleinbauern und vor allem Umsiedlern die Möglichkeit, einen für die Familien tragfähigen Landwirtschaftsbetrieb zu betreiben.

Aus meinen ganz persönlichen Erfahrungen möchte ich mit Nachdruck erklären: Die Gründung der LPG war notwendig und eine Erfolgsgeschichte. Zu einer Zeit, als vor allem die Leistung moderner Landtechnik große Felder und Viehställe verlangte, überzeugte man die Bauern, sich zu Genossenschaften zusammenzuschließen. Kein Bauer wurde enteignet. Felder, Wiesen, Bauernwald und Höfe blieben Eigentum der Bauern - Gewalt war ausdrücklich verboten.

Natürlich war der Schritt »Vom Ich zum Wir« nicht leicht und es sind sicher-

lich auch Fehler gemacht worden. Aber für viele Bäuerinnen und Bauern endete die schwere körperliche Arbeit im kleinen Landwirtschaftsbetrieb mit dem Eintritt in die LPG, das weiß ich von meinen Eltern. Vor allem die Bäuerinnen waren mit der Kindererziehung, der Arbeit auf dem Feld und im Viehstall überfordert.

Meine Herren Jennerjahn, Jung und Potratz, was Sie am 25.04.2015 in Kyritz verkündeten, zeugt von Unwissenheit, historischen Verdrehungen, ja von Lügen über die Landwirtschaft in der DDR.

Ich, Siegfried Naumann, studierte Landwirtschaft an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und war dort von 1961 bis 1963 auch wissenschaftlicher Assistent. Von 1963 bis 1982 war ich Vorsitzender der LPG »Morgenrot« in Wildberg, Kreis Neuruppin. Von 1985 bis 1988 war ich Direktor eines Volksgutes im Kreis Kyritz. Von 1988 bis 1992 war ich Vorsitzender der LPG Tierproduktion Katerbow.

Meine Herren, sehen Sie nicht, wie die Bauern heute von einer feindlichen Landwirtschaftspolitik und von Finanzspekulanten, die sich massenhaft Boden aneignen, enteignet werden?

Eine so feindselige Veranstaltung sollte sich nicht wiederholen. Das Denkmal in Kyritz sollte verschwinden!

Siegfried Naumann
Wildberg

Siebzehn mit vielen Ideen

Die AG Junge GenossInnen hatte sich Anfang letzten Monats getroffen und wieder einmal für den einen oder anderen Rekord gesorgt. So waren insgesamt 17 GenossInnen in der Neuruppiner Geschäftsstelle versammelt.

Themen waren die Vorbereitung einer Infoveranstaltung mit Andrea Johlige zum Thema Asylpolitik in Brandenburg, eine

gemeinsame Ostseefahrt und der Nazi-aufmarsch am 6. Juni in Neuruppin. Die AG sprach sich einstimmig dafür aus, die Proteste von »Neuruppin bleibt bunt« zu unterstützen. Es wurde ein Treffen für den 4.6. vereinbart, bei dem noch einmal die letzten Infos ausgetauscht wurden.

Paul Schudlach

Kurzmeldungen

■ Mit Wirkung vom 17.5.2015 hat Heinz Karwath (DIE LINKE) das Mandat als Rheinsberger Stadtverordneter von Freke Over übernommen. Uwe Witt (DIE LINKE) vom Regionalverband Rheinsberg-Lindow ist neuer Seniorenbeauftragter der Stadt Rheinsberg.

■ Bitte die neuen Öffnungszeiten der Geschäftsstelle Wittstock (siehe Seite 8 -

Kontakte) beachten. Zusätzlich steht montags (bitte Terminabsprache über die Geschäftsstelle) die Kreistagsabgeordnete Sylvia Zienecke (DIE LINKE) für Anfragen zur Verfügung.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat sind der Kreisvorsitzende Paul Schudlach, der Kreisschatzmeister David Hölker und der Kreistagsabgeordnete der LINKEN Enrico Remter in der Wittstocker Geschäftsstelle zu erreichen.

Am Rande beobachtet

Als am Sonnabend, den 6. Juni, die Neonazis durch 2 Straßen von Neuruppin marschierten, konnte einem speiübel werden. Diese hassverzerrten Gesichter werden viele nicht vergessen.

Während sie marschierten, wurden Parolen skandiert, dessen Sinn sich einem gebildeten Deutschen nicht erschließt. Neben den altbekannten »Deutschland den Deutschen«- und »Ausländer raus«-Rufen wurden auch Drohungen ausgestoßen. Den Demokraten und Antifaschisten wurde zugerufen: »Wir kriegen euch alle!« Aber auch auf Transparenten, Schildern und Bannern brachten die Neonazis ihren Hass auf Ausländer und die Demokratie zum Ausdruck.

Ihr Wortführer, der mit sich überschlagender Stimme immer wieder Losungen ins Mikrofon brüllte, animierte seine Gesinnungsgenossen zu immer neuen Hasstiraden. Eine 95-jährige Frau, die im Rollstuhl sitzend mit ihrer Urenkelin gerade aus dem Tempelgarten kam, konnte ihre Tränen nicht zurückhalten. Schluchzend erzählte sie, als Halbwüchsig habe sie so etwas schon einmal erlebt. »Wohin das führte, wissen wir ja. Auch damals haben deutsche Polizisten solche Aufmärsche geschützt.« Und als dann der Wortführer der Neonazis wieder in sein Mikrofon brüllte, sagte sie: »Der hat aber gut bei seinem Vorbild gelernt. Genau so hat Goebbels damals das deutsche Volk verdammt. Ich hoffe, dass die heutige Polizei die Gefahr erkennt und sich Vernünftige den Nazis in den Weg stellen.« Dass ihre Hoffnung Realität wurde, bewiesen tausende Antifaschisten und Demokraten, die sich den Neonazis in den Weg setzten oder die ein Toleranzfest feierten.

Dass es am 6. Juni aber auch zu Problemen kam, wurde im Nachhinein deutlich. So standen Familien mit Kleinkindern plötzlich zwischen den Polizeiabsperrungen am Fontaneplatz. Sie wurden weder vor- noch zurückgelassen, sodass sie durch Hauseingänge einen Ausweg suchen mussten. Pflegedienste konnten ihren Standort (Auto) oder ihre Patienten nicht erreichen, und der Neuruppiner Bürgermeister Golde konnte trotz Vorzeigen seines Dienstaussweises sein Rathaus nicht erreichen.

Ein Polizist brachte es auf den Punkt: »war es nicht ein Stadtverordneter, der diesen Aufmarsch angemeldet hat?«

Achim Müller

Aus der Vergangenheit lernen

Noch einmal: War die DDR ein Unrechtsstaat?

Um die Frage gleich zu beantworten - die DDR war kein Unrechtsstaat, hatte aber Fehler im Rechtssystem. Das kann man als Fazit aus der Diskussionsrunde mit dem ehemaligen Justizminister Brandenburgs, Dr. Volkmar Schöneburg, im Sportcenter am 13. Mai ziehen.

Er führte in einem knapp einstündigen, frei gehaltenen Vortrag vor gut 50 anwesenden Genossen und weiteren Bürgern aus, dass »Unrechtsstaat« ein politischer Kampfbegriff sei, der weder wissenschaftlich beweisbar ist noch im Völkerrecht vorkommt. Er wird immer dann hervorgeholt, wenn es darum geht, die DDR zu »verteufeln«.

Volkmar Schöneburg zeigte sehr anschaulich auf, wo die Rechtsfehler im DDR-System lagen. Er bezog sich hier vor allem auf das politische Strafrecht und zeigte auf, dass es Fälle gab, wo führende SED-Funktionäre direkt die Unabhängigkeit des Gerichts aushebelten, indem sie das Strafmaß per Anweisung festlegten. Volkmar Schöneburg verwies aber gleichzeitig darauf, dass es auch in der heutigen Gerichtsbarkeit Probleme gibt. Der alte Spruch: »Auf hoher See und vor Gericht ist man in Gottes Hand« trifft voll auf das heutige Rechtssystem

zu. Was jedoch heute besser ist, und das betonte Volkmar Schöneburg ausdrücklich, dass es eine Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit gibt. Während in der DDR das Prinzip der Eingaben gang und gäbe war, hat der Bürger heute das Recht, Verwaltungsentscheidungen und Verfassungsverstöße gerichtlich nachprüfen zu lassen.

Nach einer sehr sachlichen Diskussion, in der Volkmar Schöneburg auf alle Fragen eine Antwort gab, verteidigte in einem sehr emotionalen Redebeitrag Doris Hochschild ihr Leben in der DDR. »Ich verwahre mich dagegen, in einem Unrechtsstaat gelebt zu haben«, sagte sie und erklärte anhand ihrer Biografie, wie sie das Leben in der DDR erlebt hatte und wie es ihr heute ergeht.

Den Abschlussworten unseres Kreisvorsitzenden Paul Schmudlach kann man nur beipflichten, jedoch mit den ergänzenden Worten: Nur wer die Vergangenheit kennt und die richtigen Schlussfolgerungen daraus zieht, kann die Zukunft



Dr. Volkmar Schöneburg bei seinem Vortrag Foto: Achim Müller

gestalten. Deshalb ist es für unsere junge Generation wichtig zu wissen, was vor ihrer Geburt geschehen ist. Wenn wir Älteren uns nicht über die Geschichte Deutschlands informiert und den Erfahrungen unserer Eltern und Großeltern gelauscht hätten, wären wir wahrscheinlich heute genau so unpolitisch wie viele Bürger der alten Bundesrepublik bzw. würden vielleicht sogar einer nationalistischen oder gar faschistischen Ideologie verfallen sein.

Achim Müller

Fortsetzung von Seite 1

Polizeikräfte begannen, die F.-Künstler-Straße abzuriegeln, versuchte unsere Landesgeschäftsführerin Andrea Johlige eine Spontandemo anzumelden. Durch den Leiter der Einsatzkräfte wurde dies barsch abgelehnt. Als Andrea, die sich als Mitglied des Brandenburger Landtages vorgestellt und ausgewiesen hatte, nach einer Begründung fragte, ließ dieser sie einfach stehen.

Als dann der Befehl kam »Helme auf«, erscholl aus den etwa 300 Kehlen der Blockadeteilnehmer: »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten!« Plötzlich erlebte ich etwas völlig Unerwartetes. Die neben und vor mir stehenden jungen Polizisten schauten sich an, senkten verschämt den Kopf, wobei ein Polizist seiner Kollegin zuraunte »meinen die uns«, worauf die Polizistin mit hochrotem Kopf »jäh« stöhnte.

Der Naziaufmarsch wurde dann über die Grünfläche an der Sitzblockade, deren Teilnehmer sich zwischenzeitlich erhoben hatten und den Neonazis verbal »Paroli«

boten, vorbeigeleitet. Dass es hierbei zu Flaschenwürfen der Nazis kam, konnte ich nicht beobachten, jedoch berichteten Demonstranten davon und auch, dass die Polizei dem tatenlos zugesehen habe.

Pyrrhussieg

Bereits auf der Neustädter Straße/Einmündung zur Heinrich-Rau-Straße, also am »Kreisel«, ging es für die Nazis nicht mehr weiter - eine weitere Sitzblockade verhinderte dies. Nach Lageeinschätzung durch die Polizei, wobei es sicherlich auch eine Rolle gespielt hat, dass sich am nächsten Kreisel an der Junckerstraße und in der Thomas-Mann-Straße bereits weitere Sitzblockaden gebildet hatten, wurden die Neonazis über die Westachse (Ceraldo-Ring) von der Polizei zum Bahnhof West geleitet. Damit hatte der »Braune Spuk« am

Bunt, laut, kreativ und erfolgreich



2 Wasserwerfer nähern sich der Sitzblockade Foto: Achim Müller

Sonnabend sein Ende gefunden, nachdem die Neonazis nur etwa einen Kilometer marschieren und ihre Hassparolen brüllen konnten.

Etwa 1.000 junge Antifaschisten zogen anschließend laut feiernd auf der eigentlichen Demonstrationsroute der Nazis in die Neuruppiner Innenstadt.

Achim Müller

Bundestagsreport

LINKE verteidigt Streikrecht als Grundrecht



Foto: Jürgen Schubert

Die Bundesregierung rühmt sich immer wieder mit einem »glänzenden« Arbeitsmarkt. Es gäbe so viele »sozialversichert« Beschäftigte wie noch nie. Quasi Vollbeschäftigung oder kurz davor.

Nun kann man sich streiten, ob es ein Erfolg ist, wenn »nur« noch knapp drei Millionen Menschen offiziell erwerbslos sind. Zumal fast eine Million Betroffene als sogenannte »Unterbeschäftigte« in dieser offiziellen Erwerbslosenstatistik regelmäßig verschwiegen werden, obwohl auch ein kranker Erwerbsloser oder eine Teilnehmerin an einer Eingliederungsmaßnahme oder eine Nicht-Leistungsbezieherin ohne Zweifel erwerbslos sind. Was aber nicht bestritten werden kann,

ist die Tatsache, dass sich hinter dieser »Erfolgsgeschichte« ein Armutszeugnis verbirgt, weil immer mehr dieser »sozialversichert« Beschäftigten alles andere als sozial gesichert sind. Werksverträge, Leiharbeit und Minijobs, aber auch Scheinselbständigkeit oder selbstausbeuterische Verhältnisse bei Selbstständigen und Freiberuflern führen dazu, dass »arm trotz Arbeit« schwieriger Alltag geworden ist, vor allem bei Alleinerziehenden. Die Schere zwischen arm und reich geht in Deutschland immer weiter auseinander, und Armut ist längst kein (zweifelhaftes) Privileg der Erwerbslosen mehr. Um den Niedriglohnbereich nicht zu vergessen: Selbst wenn es demnächst »8,50 Euro für alle« gibt, ist doch völlig klar, dass dieser Mindestlohn zwar hart erkämpft ist, aber nur ein Einstieg sein kann. Denn auch mit dieser Summe bekommt man keine armutsfeste Rente. Selbst dann nicht, wenn der Arbeitgeber nicht mit Kürzung der Arbeitszeit trickst.

Schon vor einigen Jahren hatte die Linksfraktion die Bundesregierung gefragt, welcher Mindestlohn nötig wäre, um im Rentenalter keine Grundsicherung beantragen zu müssen. Schon damals lag die Summe jenseits der 12 Euro. Die Forderung der LINKEN nach 10 Euro ist also alles andere als überzogen, wenn Altersarmut einschließlich ihrer Kosten für die öffentlichen Haushalte verhindert werden soll.

Spannenderweise war bei den jahrelangen Debatten zum Mindestlohn eines der Hauptgegenargumente, der Gesetzgeber sollte das doch den Tarifparteien überlassen. Oft genug sind das jetzt genau dieselben, die sich darüber aufregen, dass aktuell tatsächlich so viel gestreikt wird wie lange nicht - endlich! Natürlich ist es schwierig für Betroffene, wenn sie den gewohnten Zug oder Bus zur Arbeit oder zur Schule nicht nutzen können, die Kinder nicht die Kita besuchen können, Pakete nicht zugestellt werden oder kein Geld aus den Geldautomaten kommt. Die Beschwerden sollten sich aber nicht an die Streikenden richten, sondern an die Arbeitgeber, die jahrelang eine gute wirtschaftliche Entwicklung von der Lohnentwicklung abgekoppelt und sinkende Reallöhne in Kauf genommen haben. Oft genug, ohne selbst Verzicht zu üben.

Dass sich nun immer mehr Gewerkschaften wehren, ist längst überfällig und ihr gutes Recht. Dass eine SPD-Ministerin mit dem Tarifeinheitsgesetz dieses Streikrecht angreift, Grundgesetz hin oder her, und ihre Fraktion als Teil der Koalition zustimmt, kann nur die erschüttern, die noch Hoffnung auf einen sozialdemokratischen Kern hatten.

Deshalb sagt DIE LINKE: da muss mehr drin sein - mehr Rechte, mehr Anerkennung, mehr Geld.

Kirsten Tackmann, MdB

Neue Stadtordnung

Am 1. Juni traf sich die Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin zu einer neuerlichen Tagung.

Neben Änderungen zur Feuerwehrsatzung, die zu einer besseren Würdigung dieser so wichtigen ehrenamtlichen Arbeit führten, stand die Überarbeitung der Neuruppiner Stadtordnung auf der Tagesordnung. In dieser sind Verhaltensregeln für Bewohner und Gäste der Stadt, aber auch klare Verbote enthalten. Zum Beispiel das Verhalten auf städtischen Kinderspielplätzen und in öffentlichen Anlagen, Lärmschutzbestimmungen, der Umgang mit Hundekot, das Wildtier-Fütterungsverbot - es geht also um die Sicherheit und Ordnung. Eigentlich geht es um Selbstverständlichkeiten, wie in der Debatte zur Stadtordnung treffend angemerkt wurde. Es geht um gegenseitige Rücksichtnah-

me und Anstand. Leider - und das ist im Stadtbild immer wieder zu beobachten - gibt es eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern, von Besuchern und Gästen, die sich nicht daran halten. Es dürfte für die Zukunft daher interessant sein, inwieweit die in der Stadtordnung formulierten Regularien eingefordert und bei Verstoß sanktioniert werden.

Neuer Anbieter für Kita-Essen

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde über die Neuvergabe der Essensversorgung an den kommunalen Kitas und Schulen entschieden. Damit kam die Stadtverordnetenversammlung einer kla-

ren Forderung der Eltern nach. Diese hatten nach der Ankündigung des bisherigen Anbieters, seine Preise nicht unwesentlich zu erhöhen, eine Neuausschreibung der Essensversorgung gefordert. In einem umfangreichen Diskussionsprozeß, unter Beteiligung der Elternschaft, wurden zunächst

DIE LINKE. im Parlament

u.a. Kriterien zur Qualität des Essens und der Regionalität der verwendeten Produkte festgelegt. Anhand dieser Kriterien erfolgte die Ausschreibung.

Zukünftig wird für die Kita-Versorgung das Neuruppiner Cateringunternehmen Zübel und Lingk zuständig sein, für die Schulversorgung das Unternehmen SODEXO.

Ronny Kretschmer, Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE - die Alternative zur großen Koalition

Unsere Delegierte Ines Nowack berichtet vom Bielefelder Parteitag

Von Beginn an war der Bundesparteitag in Bielefeld von der Ungewissheit bestimmt, ob Gregor Gysi das Amt des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion aufgibt oder doch lieber weiterführt.

Sonntagnachmittag war es dann soweit: Gregor Gysi gibt den Fraktionsvorsitz der Partei DIE LINKE im Bundestag im Oktober 2015 auf. Sehr bewegend und unter langanhaltendem Beifall verabschiedete er sich vor dem Parteitag. Er verlässt die vorderste Reihe, während unsere Partei die größte Oppositionsfraktion im Bundestag stellt.

Gewaltige Fortschritte sind möglich

In seiner Rede sagte er: »90 Prozent unserer Wähler wünschen sich eine Regierungsbeteiligung der Partei... Wir können und sollten auch auf Bundesebene mitregieren.« Detailliert umriss er, »welche gewaltigen Fortschritte« die Partei erreichen könnte, wenn sie sich selbstbewusst, mit Kompromissen, aber ohne falsche Zugeständnisse an der nächsten Bundesregierung beteiligt. Das klang ganz und gar nicht nach Abschied. Neben dem zutiefst kritischen Verhältnis zum Staatssozialismus, also auch zur DDR, welches wir brauchen, mahnte er, dass für uns nur der gewaltfreie Weg der Transformation in Frage kommt. Dafür müssen wir eine Mehrheit der Menschen in unserem Land von unserem Weg überzeugen.

Es war Sahra Wagenknecht, die dazu ausführte: »Es ist richtig: Man kann aus einer Regierung heraus mehr verändern als aus der Opposition - wenn, aber dieses »Wenn« ist eben die entscheidende Bedingung, man Partner hat, die zumindest in die gleiche Richtung gehen wollen wie man selbst.« Sie verwies in dem Zusammenhang auf die real existierende SPD, die unter ihrem Parteivorsitzenden und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Erpressungspolitik gegenüber der griechischen Regierung unterstützt, keine Änderungen an dem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA vornehmen will und jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr billigt. Sie erinnerte an die Politik von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles, die, statt Leiharbeit zu bekämpfen, mit dem »Tarifeinheitsgesetz« lieber das Streikrecht einschränkt. »DIE LINKE ist nicht gegründet worden,

um in dieser trüben Brühe mitzuschwimmen«, rief sie unter großem Beifall der Delegierten.

Baut DIE LINKE zwei Jahre vor der Bundestagswahl Hürden für ein rot-rot-grünes Bündnis auf? Auch Katja Kipping grenzt sich von der SPD und den Grünen ab. Sie formuliert klare Bedingungen für Rot-Rot-Grün. Unter dem Motto »Wir lassen uns die Zukunft nicht nehmen! Wir erobern uns die Zukunft zurück!« rief sie zu einem grundlegenden Pfadwechsel mit der Perspektive einer anderen Gesellschaft auf, weil der Kapitalismus die Welt immer weiter in die Krise treiben wird. »Ja, wir wollen die Machtfrage stellen. Aber wir wollen sie wirklich stellen. Und das heißt, wir wollen sie anhand von inhaltlichen Kriterien stellen,« rief sie den Delegierten zu, genauso, wie sie aufforderte, die Eigentumsfrage zu stellen und keine Zweideutigkeiten in der Friedenspolitik zuzulassen. Sie warnte davor, die Welt zur Ware verkommen zu lassen, sie warnte vor einer Bornout-Gesellschaft, die die Menschen nur aussaugt und wegwirft, sie warnte davor, bescheiden zu sein, wenn es um die Zukunft der Gesellschaft geht. Wir »wollen einen grundlegenden Pfadwechsel! Hin zu einer sozialistischen Gesellschaft!«, die nur gemeinsam, solidarisch und durch uns selbst erreicht werden kann.

Wirklicher Politikwechsel notwendig

Bernd Riexinger meinte, Rot-Rot-Grün müsse »einen wirklichen Politikwechsel vollziehen und nicht nur einen Regierungswechsel«. Er sprach der SPD derzeit jede Bündnisfähigkeit für Rot-Rot-Grün ab. »Die Sozialdemokratie steht heute in ganz Europa für Bankenrettung, Austeritätspolitik und Sozialabbau.«...»Dass mit uns kein Sozialabbau, keine Tariffucht und keine Kampfeinsätze der Bundeswehr zu machen sind, stellt keine unüberwindliche Hürde dar, sondern sind Selbstverständlichkeiten linker Politik!« Er erinnerte,



Foto: https://www.flickr.com/photos/die_linke/18372781800/in/album-72157654115914725/

dass es schon jetzt eine Rot-Rot-Grüne Mehrheit gibt, stellte aber auch klar fest, dass es derzeit wichtigere Themen gibt. Gerade an der Streikbewegung, daran, dass sich endlich viele wehren, zeigt sich, dass es eben nicht das Geld ist, das arbeitet, sondern lebendige Menschen. Und zu den Streikenden: »Super, was ihr macht!« Und gerade deswegen wollen wir ein Programm für eine Zukunft, die alle am Reichtum teilhaben lässt, brauchen wir die Kampagne »Das muss drin sein.«, gegen den autoritären Kapitalismus, für eine gerechte Gesellschaft, in der Politik für die Menschen und nicht für die Konzerne gemacht wird. »Linke Politik ist ...die Alternative zu unsocialer Politik und zur Demokratiefeindlichkeit der Neoliberalen und der Rechten! Sie organisiert Solidarität - und sie formuliert gemeinsame Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern, Flüchtlingen und Migranten. Für soziale Gerechtigkeit - und gegen die Profitinteressen einiger weniger! Denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!« Zur Friedenspolitik führte er aus: »Es ist unsere verdammte Pflicht, eine starke Friedensbewegung aufzubauen, die den Kriegstreibern und Militaristen in den Arm fällt! Eine LINKE, die das nicht versucht, wird nicht gebraucht!« Er sprach sich für die Farbe Rot als die Hoffnung für eine bessere Zukunft aus, eine Zukunft, in der wir den Politikwechsel, vielleicht doch zusammen mit SPD und Grünen erreichen können und somit eine Beteiligung an der Bundesregierung.

Die Botschaft ist: DIE LINKE ist die Alternative zur großen Koalition.

Flüchtlinge in Wittstock gut betreut

Bündnis »Wittstock bekennt Farbe« in Aktion



Im Herbst 2014 bekamen wir in Wittstock die ersten Flüchtlinge. Die Unterbringung erfolgte im B3-Center, eine Szene-Location mit schönen Zimmern. In den nächsten Tagen machten wir uns bekannt. Die Kinder waren anfangs recht scheu, aber mit einer Menge Halloween-Naschkram war das Eis schnell gebrochen. Die Familien kamen aus unterschiedlichen Nationen.

Ich begann eine Patenschaft mit einer Familie aus Tschetschenien. Sie hatten keine Wintersachen, waren auf die Kälte nicht eingerichtet. So beschloss ich (Mitreiter vom Bündnis »Wittstock bekennt Farbe«), für warme Sachen zu sorgen. Wir kauften warme Schuhe, warme Hosen und Jacken für die Kinder. Die Mädchen wollten unbedingt stricken lernen, ihre Oma wollte es ihnen beibringen. Für solche Dinge reichte aber das Geld nicht. So beschloss ich, einen Aufruf zu starten: Wolle, Strickzeug und auch fertige Schals, Socken und Mützen werden gebraucht. Ich ging in die Seniorentreffs und sprach mit den Seniorinnen. Dort erklärten sich spontan einige Rentnerinnen bereit, etwas mitzubringen. Da kam einiges zusammen, fertiges und auch Wolle und Nadeln. Das brachte ich zu den Mädchen und sofort ging es los. Drei Tage später zeigten sie stolz ihre ersten Strickversuche.

Viele Helfer in Aktion

Meine Hintergedanken dabei waren, für Ablenkung und Beschäftigung zu sorgen. An einem schönen Herbsttag bin ich dann mit den Mädchen etwas spazieren gegangen, habe ihnen die Stadt gezeigt. Sie sind Moslems und trugen ihre Kopftücher. Mancher hat uns hinterher geguckt, jedoch fiel kein einziges böses Wort. Auch ich konnte etwas lernen, ich habe in dieser Zeit mein altes Schul-Russisch auffrischen können.

Auch mit den Syrern kam man oft ins Gespräch, allerdings musste ich umden-

ken, sie sprechen englisch. Da kam manchmal etwas durcheinander, ich hab dauernd englisch und russisch in einem Satz gehabt und wunderte mich, dass Tamin mich nicht verstand. Isabella Dolinska holte sich die Frauen nach Hause und kochte mit ihnen landestypisch. Das hat Andrew Förster auch gemacht, so waren die Flüchtlinge dauernd unterwegs. Sie freuten sich darüber sehr, so was haben sie noch nicht erlebt. Laufend fuhr Andrew mit einigen Flüchtlingen zur Kleiderkammer und in die Stationen der GAB.

Dann kam der Tag, an dem die erste syrische Familie eine Wohnung beziehen konnte. Andrew fuhr wieder los und sie suchten sich die ersten Möbel aus. Nun hieß es, Helfer zu organisieren, die die Wohnung einräumen helfen. Spontan fanden sich einige und es konnte losgehen. Die Syrer waren überrascht, wie viel Hilfe sie bekamen. Die Schlepperei strengte ganz schön an und die Männer arbeiteten bis spät abends. Ein paar Tage später bekamen die nächsten ihre Wohnungen und immer fanden sich fleißige Helfer ein. Die Hilfe endete aber nicht nach dem Einzug, auch bis heute haben wir einen sehr guten Kontakt und besuchen sie oft.

Als die Nazis am 6.12.2014 ihren »Abendspaziergang« in Wittstock abhalten konnten, gab es starken Gegenprotest. Ich hatte einen Infostand direkt an der Marschstrecke angemeldet. Dort wurde eine Liste ausgelegt und jeder, der helfen wollte, konnte sich eintragen. Die Liste übergab ich an Martin Osinski. Dabei waren Sachspenden, Deutschunterricht, Patenschaftsangebote und allgemeine Hilfe (Gang zum Arzt...) angeboten worden. Diese Hilfen werden jetzt gut genutzt.

Für Nazis kein Gehör

Bei einer Einwohnerversammlung zur Information über die Flüchtlinge in der Stadthalle gab es sehr große Anteilnahme und viele weitere Hilfsangebote. Die Handvoll Nazis, die da erschien, stellte blöde und dumme Fragen und bekamen die passenden Antworten. Sie beherrschten diese Veranstaltung nicht.

Mitte Dezember zogen die Flüchtlinge, die noch im B3 waren, in andere Einrich-

tungen. Meine Patenfamilie ging nach Lentzke. Die Bundesrepublik scheute sich schändlicherweise nicht davor, sie im Winter nach Tschetschenien zurück zu schicken, sie mussten Deutschland innerhalb von einer Woche verlassen. Ich habe sie am 5.12. verabschiedet, ohne ihnen zu sagen, was ich da schon wusste.

Da trännten die Augen und das Drücken und Bedanken hörte gar nicht auf.

Ich durfte nichts sagen, aber es tat weh, zu sehen, wie kalt und herzlos man mit ihnen umgeht. Ich würde die Asylpolitik der BRD als Schweinerei bezeichnen.

Sie sind nicht in ihre alte Heimat zurückgegangen. Ich habe später gehört, dass sie in die Türkei gegangen sind. Na ja, da haben sie ja wohl auch keine Chance. Aber immer noch besser, als in Polen in einem Knast zu landen mit den kleinen Kindern. Auch dieser Punkt ist der Bundesregierung bekannt, aber da gibt es keinen Protest von Frau Merkel.

Es ist schön, helfen zu können

Nun kehrte erstmal Ruhe ein in die Gerüchteküche der Stadt Wittstock. Sehr viel Blödsinn wurde verbreitet von Leuten, die überhaupt keine Ahnung hatten. Die haben nie mit einem Flüchtling gesprochen. Ich will diese Gerüchte hier nicht wiedergeben, sie entbehren jeder Grundlage.

Im diesen Wochen werden wieder neue Flüchtlinge kommen. Ich persönlich freue mich schon sehr darauf. Jeder ist anders und es ist einfach schön, diesen Menschen helfen zu können. Sie sind für Kleinigkeiten sehr dankbar, Dinge, die uns überhaupt nicht mehr auffallen würden. Es gibt tatsächlich noch Kinder, die nie ein Stofftier hatten!

Unser Bündnis hat schon Pläne, wie wir weitere Hilfe anbieten wollen. Und zwischendurch treten wir gegen die Nazis an. Davon berichte ich dann später.

Seid gespannt und unterstützt bitte auch die Flüchtlinge in eurer Nähe, sie brauchen euch.

Kerstin Zillmann
Wittstock

Hass vernichtet!

Unter diesem Motto wurde eine Ausstellung von Fotos der engagierten Bürgerin und Friedensaktivistin Irmela Mensah-Schramm (leider wohl weitgehend unbeachtet, weil schwer zu finden) im Foyer der Musikschule (Altes Gymnasium) gestaltet. Ihr Anliegen kommt am besten in ihrer dort mit aushängenden »Gebrauchsanweisung« zum Ausdruck, welche ich hier zitieren möchte:

»Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie ein Geschichtsbuch, oder fragen Sie Ihre Großeltern.

Diese Ausstellung dokumentiert Auswüchse rassistischen Denkens überall im öffentlichen Raum, zumeist ignoriert oder geduldet. Es sind Botschaften voller Hass, darunter auch Morddrohungen gegen Mitmenschen, die anders aussehen, leben und denken.

Der Sinn dieser Ausstellung ist es, die Mitmenschen zu sensibilisieren, Hassschmierereien, auch die NS-Symbole, zu erkennen und nicht zu dulden.«

In diesem Zusammenhang möchte Irmela Mensah-Schramm klarstellen, dass sie nicht allgemein Graffiti, sondern nur Hassparolen und Nazisymbole beseitigt.

Jürgen Schubert



Hassparolen auf einem Brückengeländer/Glascontainer Foto: Jürgen Schubert

Empfehlung zur Wahl des Bürgermeisters

Auf ihrer Gesamtmitgliederversammlung im Mai wurde bereits mit großer Mehrheit beschlossen, Bürgermeister Jörg Gehrman bei der kommenden Wahl am 27. September 2015 zu unterstützen.

Am Dienstag, 9.6. 2015, traf man sich in der Geschäftsstelle der Partei in der Wittstocker Marktgasse, um gemeinsam mit dem Bürgermeister über Vorhaben, Ziele und offene Fragen zu diskutieren. Jörg Gehrman betonte seine Überparteilichkeit und lobte die gute Zusammenarbeit mit allen Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung. Bei wichtigen Fragen der anwesenden Mitglieder der LINKEN, wie zur weiteren Qualifizierung des öffentlichen Nahverkehrs und damit auch einer besseren Einbindung der Ortsteile, einer sozialverträglichen Gestaltung der Mieten im Innenstadtbereich, Augenmaß und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der weiteren Einrichtung von Windkraftanlagen, der Erhaltung der Bildungsstandorte und nicht zuletzt über Fragen zur erwarteten Kreisgebietsreform gab es einen breiten Konsens.

Der Regionalverband Wittstock-Heiligengrabe der Partei DIE LINKE empfiehlt allen Wittstockerinnen und Wittstockern die Wahl von Jörg Gehrman. Wir fordern alle auf, ihr Wahlrecht zu nutzen, um gemeinsam an der Zukunft der Stadt Wittstock mit allen Ortsteilen weiterzuarbeiten.

DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	8.07.	Artur Schölzel	Neuruppin	zum	87.
Am	11.07.	Brigitte Kracik	Neuruppin	zum	80.
Am	11.07.	Klaus Reinke	Wittstock	zum	76.
Am	12.07.	Horst Lehmann	Kerzlin	zum	74.
Am	16.07.	Reinhilde Hofrichter	Neuruppin	zum	82.
Am	28.07.	Manfred Kuball	Bantikow	zum	80.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



v. l.: Jörg Gehrman, Angelika u. Ulrich Noack, A. Bergmann Foto: Christian Richter

Woanders gelesen

- Das linke Bündnis »PODEMOS« konnte bei den spanischen Kommunalwahlen am 24. Mai einen erheblichen Stimmenzuwachs erreichen, während die regierenden Konservativen beträchtliche Stimmenverluste hinnehmen mussten. So könnten Kandidaten von »PODEMOS« in Madrid und Barcelona zu Bürgermeistern gewählt werden.
- 2014 hat Deutschland 20,9 Mio. Tonnen an Waren aus Russland auf dem Seeweg erhalten- so viel wie aus keinem anderen Land.
- In Deutschland ist der Strompreis von allen EU-Ländern am Zweithöchsten. Ursache dafür sind die hohen Abgaben und Steuern, die gut 50% des Strompreises betragen.

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
 IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
 BIC: GENODEF1NPP
 Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Kunst ganz aktuell

Unsere Galerie macht von sich reden

Wie sich das eigentlich auch »gehört«, hatte die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung und des Kriegsendes eine besondere Ausstellung in ihrer Galerie zu bieten - dem Kampf gegen den Krieg gewidmet.

Marianne Kühn-Berger stellte mit Hans-Dieter Petke sehr kurzfristig aus ihrem Archiv Zeichnungen, Gemälde und Plakate zum Thema »Nie wieder Krieg« zusammen.

Ein anrührendes Gemälde zur FREIEN HEIDE

(von ihr selbst) war zu sehen. Man denkt unwillkürlich daran, wie oft wir hier mit Hunderten und Tausenden Menschen für

eine friedliche Heide gewandert sind, protestiert haben. Zeichnungen von Marianne Kühn-Berger, Käthe Kollwitz, Beier-Red, Skribelka - passende Plakate, ebenso bekannt, ergänzen die Ausstellung.



»Die Arbeiten dieser Ausstellung sind fast alle aus politisch konkreten Situationen spontan entstanden«, sagt sie selbst: »ich kann nur hoffen... dass nächste und übernächste Künstler-Generationen nie wieder derartige Ausstellungen gestalten müssen.

Dass Käthe Kollwitz ihre einfachen, klaren Worte endlich bestätigt bekommt - »Nie wieder Krieg!«

ch-

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 22.06.15	Stadtverordnetenversammlung Neustadt/Dosse 19.00 Uhr, Kirche OT Roddahn
Montag, 22.06.15	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Wittstock 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 24.06.15	Stadtverordnetenversammlung Wittstock 18.30 Uhr, Rathaus Wittstock
Mittwoch, 24.06.15	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Donnerstag, 25.06.15	Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39
Mittwoch, 01.07.15	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 02.07.15	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 02.07.15	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 06.07.15	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Neuruppin 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 06.07.15	Beratung der Stadtfraktion DIE LINKE. Kyritz 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Montag, 06.07.15	Mitgliederversammlung DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Mittwoch, 08.07.15	Stadtverordnetenversammlung Kyritz 18.30 Uhr, Rathaus Kyritz
Montag, 13.07.15	Stadtverordnetenversammlung Neuruppin 18.30 Uhr, Rathaus A, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 13.07.15	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 14.07.15	Gemeindevertretung Wusterhausen/Dosse 19.00 Uhr, Ribbes Partyhaus, Berliner Str. 38, 16868 Wusterhausen/Dosse

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 03.07.2015
Mi., 15.07.2015

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.

Tel.: 030/22774309
Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**

Tel.: 033971/32857
Fax: 033971/32893
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 09.00 - 12.00 Uhr

Bürgerbüro der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/2383

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Fraktionsvors.
Tel.: 0331/966-1500
www.margitta-maechtig.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**

Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420
Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**

Mo. 13.00 - 15.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr
Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086
Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de

Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock

Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:

Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr